

Neue gewaltige Massenentlassungen bei der Damesbahn

Berlin, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) In ihrer Sitzung am Dienstag hat die Hauptverwaltung der Damesbahn beschlossen, daß einige Dienststellen unverzüglich zu untersuchen sind, ob und wieviel Arbeiter entlassen werden können. 30 000 jüngeren Beamten soll das Beamtenrecht gerahmt und als Arbeiter weiter beschäftigt werden, dafür sollen 30 000 Arbeiter entlassen werden.

Der Segen der Damesanierung will kein Ende nehmen. Auf Kosten der deutschen Arbeiter soll die kapitalistische Wirtschaft wieder aufgebaut werden. Verlängerte Arbeitszeit für die von der Entlassung verschont gebliebenen wird die Folge sein. Die Voraussetzungen werden als Lohnbrüder ausgestellt werden — die Unhöflichkeit des Eisenbahnbetriebes, der erst neuerdings im polnischen Korridor zu einer gewaltigen Eisenbahnkatastrophe führte, das werden die Folgen der neuen Abbaumassnahme sein. Und das alles nennt man Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, auch der letzte Arbeiter wird nunmehr erkennen, daß nur die Kommunisten mit der Ablehnung dieses Räuberplanes die Interessen der Arbeiter vertreten haben.

Pferderennen — die erste Gorge Hindenburgs

Die bürgerliche Presse meldet als erste Veranstaltung, an der Hindenburg nach seinem Amtsantritt teilnehmen wird, die Teilnahme Hindenburgs am Pferderennen in Hannover am 24. Mai. Der Sieger dieses Rennens erhält den Preis persönlich von Hindenburg überreicht. Hindenburg ist sich also seiner Pflichten gegenüber den feudalen Kennstallbesitzern sehr wohl bewußt.

Keine Räumung der Kölner Zone

Paris, 13. Mai. (Aunsa. d. Zeit.) Der „Matin“ bringt in einer zweiten Morgenausgabe einen aufsehenerregenden Artikel Souverains über die Rotenentwürfe der französischen Regierung. Er schreibt: Frankreich und England seien sich einig geworden, in der Kontrollzone die minder wichtigen Besitzungen Deutschlands beiseite zu lassen, um umso größeres Gewicht auf die ausschlaggebenden Besitztüme zu legen. Da Deutschland längere Zeit brockelt, um alle diese Besitztüme abzugeben, sei es unwahrscheinlich, daß Köln nach in diesem Jahre geräumt werden könne, es sei denn, daß die Reichsregierung einen „ganz außergewöhnlich guten Willen“ an den Tag lege.

Die SPD. eine Partei ruhiger Bürger

Das Urteil der Sinnespresse über die SPD.

In der „D. A. Z.“ begrüßt Paul Venich den einziehenden Hindenburg und stellt fest, daß auch die Sozialdemokratie eine Stütze des Hindenburg-Staates ist. Die „D. A. Z.“ beschäftigt sich mit den Umwandlungen, die in Deutschland sich vollziehen haben, und schreibt dazu:

Solchen Umwandlungsprozesse können wir in Deutschland besonders seit dem Zusammenbruch konstatieren, und zwar zurückblickend, der muß zugehen, daß die Wandlung überaus groß ist. Am deutlichsten ist sie an den beiden einstigen Hauptparteien, den Konservativen und den Sozialdemokraten. Beide haben eine totale Veränderung in ihrer politischen Position erfahren. Die eine kam von der Revolution her und schloß sich in schärfer Kampfform zur bestehenden Gesellschaftsordnung und zum Staat. Die andere kam von der Welt nicht viel mehr als diejenige, die ihr in seiner Armee und seiner Verwaltung gehörte. Der Zusammenbruch entriß mit einem Schlag den Konservativen ihre politische Allmacht und warf sie den Sozialdemokraten in den Schoß.

Seitdem ist die Sozialdemokratie immer mehr eine Partei ruhiger Staatsbürger geworden, die just seit dem Beginn der revolutionären Entwicklung von 1914 dem Gedanken der Revolution den Abschied gegeben hat. Doch magte sie nicht, zu erscheinen, was sie ist. Immer noch dröhnt es über das Reich: Revolution, Klassenkampf, Kampf gegen Monarchie und Militarismus, wie einst in den Zeiten des Kaiserreiches. Aber alle diese Dinge sind verschwunden, und die Sozialdemokratie kehrt mit der alten Ideologie einer unterdrückten Klasse heute als Stütze der bürgerlichen Gesellschaftsordnung da.

Ihre Führer sind in den maßgebenden Stellen der Reichs- und Staatsverwaltung. Sie haben auf alle rote Fahne verzichtet und sind zu den Klein- und reichsbürgerlichen Schwarzrotgoldenen Farben auch als Partei übergegangen. Sie sind jetzt eine Partei wie jede andere.

Arbeiter, so urteilen die Großkapitalisten über die SPD. Die Wandlung ist in der Tat ungeheuer groß. Aus der Partei August Bebel's und Wilhelm Liebknecht's hat eine korrupte und verbürgerlichte Führerschaft eine Stütze der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, eine Stütze des Hindenburgstaates gemacht. Eine Partei, wie jede andere bürgerliche Partei. — So stellen die Sinnespresse fest. Wollen die Tausende ehrlicher Arbeiter, die noch heute in der SPD. sind, in einer Partei der bürgerlichen Gesellschaftsordnung bleiben? Das können sie nicht wollen. Die Arbeiter, die den wahren Charakter der SPD. noch nicht erkannt haben — das Urteil der großkapitalistischen Presse wird ihnen die Augen öffnen und dazu beitragen, daß sie zur roten Front, zur roten Fahne zurückkehren, d. h. praktisch, daß sie innerhalb der SPD. die Arbeiteropposition organisieren und geschlossen in die KPD. überführen.

Parteitag der SPD.

Wie die sozialdemokratische Presse mitteilt, soll der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie im September nach Heidelberg einberufen werden. Vor dem deutschen Parteitag findet voraussichtlich im August in Frankreich der nächste Kongress der 2. Internationale statt. Die oppositionelle sozialdemokratische Presse richtet an den Parteivorstand die Forderung nach Einberufung des deutschen Reichsparteitages vor dem internationalen Sozialistenkongress und Behandlung der Fragen des internationalen Kongresses als besonderen Tagesordnungspunkt auf dem deutschen Parteitag.

Steuerfragen u. Gefangenenbarbarei in Preußen

Im preussischen Landtag hielt der Finanzminister Hopte-Mohr zur Einbringung des Etats eine zweistündige Rede, in der er die einzelnen Steuerpläne und Steuerreformen der Koalitionsregierung darlegte. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß die Bewegungsfreiheit für Steuern der Länder und Kommunen vom Reich außerordentlich eingeschränkt seien und daß andererseits gerade der preussische Staat um große Einnahmen durch die Gründung der Reichsbahn gekommen sei. Der demokratische Finanzminister suchte sich das Wohlwollen der rechten Seite des Hauses zu sichern, indem er antwortete, daß der Reich nach Möglichkeit noch weiter geschont und an den volkreischlichen Steuern nichts geändert werden würde. Er mußte zugeben, daß der preussische Staat außerordentliche Aufwendungen für die Polizei machen muß. Dabei entschloß er sich das Geständnis, daß diese Aufwendungen im Interesse der Durchführung des Damesplanes notwendig seien. Die Aussprache wird am Dienstag erfolgen.

Das Haus trat sodann in die Beratung einiger kleinerer Vorlagen ein.

Ein Antrag der Regierungskoalition, die bereits im Februar dieses Jahres fällige Krummhals- und Provinzial-Panz- und Kreislagern oberhalb über den inzwischen festgesetzten Termin zum 1. Juli um weitere fünf Monate zu verschieben, mußte infolge unzulänglicher Beschlussfähigkeit des Hauses nach der heutigen Tagesordnung abgelehnt werden.

Sodann erörterte der Sozialdemokrat Gehrmann einen Bericht über die Zustände in dem Festungsgelände Gollnow. Der Antrag war eine kommunizistische Interpellation gewesen, die sich auf die Beschwerde dort inhaftierter politischer Gefangener stützte. Der Sozialdemokrat hatte die Zustände in Gollnow als durchaus in Ordnung befindlich hinzustellen und es so darzustellen, als wenn die Gefangenen nicht den geringsten Anlaß zu irgendwelchen Klagen hätten. Lediglich über das Kürzen des Essens sei von einigen Gefangenen Beschwerde erhoben. (Gelächter bei den Kommunisten.)

Genosse Piefel knüpfte sich diese „objektive“ Berichterstattung gründlich vor. Zunächst fragte er die Art und Weise fest, wie sich der sozialdemokratische Redner über den „Zustrom“ in Gollnow lustig gemacht hat. Der kommunizistische Redner brandmarkte die Tortur der Festungsgelände durch die preussische Justiz, die die wenigen Freiheiten, Urlaub usw., gerade in Gollnow den Gefangenen vollkommen illusorisch macht. Im Gegensatz zu dieser Behandlung stand die des Kapp-Rebellens Ja-gow, der in seiner überfüllten Zelle untergebracht war, und für dessen Behaglichkeit von der Gefängnisverwaltung anders gefürchtet war als für die der kommunizistischen Festungsgelände. Ein volksparteilicher Abgeordneter kam dem sozialdemokratischen Berichterstatter zu Hilfe und suchte Genossen Piefel zu provozieren, indem er es so darstellte, als wenn die kommunizistischen Abgeordneten die Zustände in den Gefängnissen übertrieben. Die Deutschnationalen riefen: Sehen Sie auf Sowjet-Rußland und beziehen sich zur Begründung der Zustände in Deutschland auf angebliche Gefangenenbarbareien in Sowjet-Rußland, wie sie durch den „Vorwärts“ geschildert worden waren. Der Genosse Piefel erklärte den Unterschied einmal der sowjetrussischen und der deutschen Justiz, sodann auch die Art der Gefangenenbehandlung, die keinesfalls kommunizistischer Berichterstattung ebenfalls in Rußland festgesetzt haben.

Genosse Paul Hoffmann charakterisierte danach den sozialdemokratischen Berichterstatter, der bei einer Schließung des Justizhauses von Kersburg von 100 Gefangenen nur 11 in den Rahmen der Untersuchung einbezog und nachdem lediglich drei Gefangene vernommen waren, erklärte: „Nun ist es genug, wir haben keine Zeit mehr“. Statt dessen beschuldigte der Sozialdemokrat Gehrmann mit einem anderen sozialdemokratischen Abgeordneten die Schmeichelei des Justizhauses.

Der kommunizistische Antrag auf Grund der Beschwerde, die Bestrafung der Schuldigen herbeizuführen, wurde von der gemeinsamen Front von Sozialdemokraten bis Deutschnationalen abgelehnt.

Die unerböthliche Schuld der republikanischen Parteien

In der Zeit-Korrespondenz schreibt der Sozialdemokrat B. M. Huber, einen Artikel, dem wir folgende Sätze entnehmen:

„Eine Revolution wird nicht durchgeführt, damit eine neue Verfassung auf weißem Papier gedruckt werde, sondern ihr Sinn ist, Millionen von Menschen zu befreien. Die deutsche Revolution aber, statt Massen von Bedrückten zu schaffen, hat eine Riesenzahl Unheiligkeiten entstehen lassen. Die Parteien, die den Volksblock bilden, haben seit den ersten Wahlen in der Ära der Republik etwa neun Millionen Stimmen verloren, die rechten Gegner der Weimarer Koalition in einigen Jahren zehn Millionen Stimmen gewonnen.“

17 Millionen an Barmat und Kutischer verloren

Berlin, 14. Mai. Ueber die Bilanz der Preussischen Verhandlung, deren Bekanntgabe in Kürze erfolgen wird, weiß die „Völkzeitung“ mitzuteilen, daß die Forderungen von Barmat und Kutischer als ungedeckte Schulden mit 17 Millionen Reichsmark verbucht seien, denen außer dem Kapital von zehn Millionen Reichsmark die Kasse von drei Millionen und aus dem laufenden Geschäft herrührender Gewinne im Jahre 1924 von 4,7 Millionen Reichsmark gegenüberstehen.

Das heißt der Preussische Staat hat an den beiden Schicksal 17 Millionen Mark verloren.

Barmat in der goldenen Schieberfreiheit

Berlin, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Laut gerichtlicher Entscheidung ist jetzt Julius Barmat aus der Haft entlassen; er soll eine Kaution von 200 000 Mark stellen; für ihn eine kleine „produktive“ Ausgabe!

Dr. Thiele einstweilen „beurlaubt“

Berlin, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Abendpresse mitteilt, ist jetzt der Medizinalrat Dr. Thiele, der Arzt des Untersuchungsgefängnisses Moabit, vorläufig auf sechs Wochen beurlaubt worden. Diese Beurlaubung ist die erste Wirkung der lächerlichen Enthüllungen im Fall Höfle. Thiele ist der Mann, auf dessen ärztlich-amtlichem Gutachten nicht nur der Tod des Ermittelers Höfle, sondern vor allem das heftige Todesurteil des Staatsgerichtshofes im großen Spindelprozess beruht.

Böhner von faschistischer Feme ermordet?

München, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Gerüchte, daß der frühere Faschist und Polizeipräsident, der später von den Bolschewiken zu den Deutschnationalen übergegangen ist, in Wirklichkeit nicht durch einen Autounfall ums Leben gekommen, sondern völkischen Fememördern zum Opfer gefallen sei, werden sich immer mehr. Die Affäre ist bereits juristischen Händen übergeben worden. Die Witwe Böhners, die mit dem Leben davon gekommen ist, läßt bereits durch Telegraphenagenturen erklären, daß gemäß ihren eigenen Wahrnehmungen nur ein verbrecherischer Anschlag in Betracht kommen könne. Sie verlangt Feststellung der Täter, Mittäter und Mitwisser durch die Staatsanwaltschaft. Die Erklärung der Witwe Böhner kann nur als eine vollkommene Bestätigung der Gerüchte angesehen werden; die amtlichen Stellen haben bisher nur ausweichende Dementis gegeben. Es muß daran erinnert werden, daß Böhner jene Autofahrt auf Einladung und im Automobil des völkischen Oberleutnants Krieger gemacht hat.

Neues Wüten der Klassenjustiz

Leipzig, 13. Mai. (Telefon.) Heute hatten sich vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik Kommunisten aus Württemberg wegen Hochverrats und Sprengstoffvergehens zu verantworten. Angeklagt waren der Dreher Richard Bechtle aus Freudenstadt und 4 Genossen. Sie sollen im November 1923 große Mengen Sprengstoff gestohlen und zur Anfertigung von Handgranaten verwendet haben. Dem Mitangeklagten Speiser wurde außerdem der Diebstahl zweier Maschinenengewehre zur Last gelegt. Richard und Wilhelm Bechtle erhielten je drei Jahre Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe. Schütterheim ein Jahr Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Speiser und Reinhold Bechtle je sechs Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe.

Ergebnis der Betriebsräteahlen

Düsseldorf, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Bei 6196 Stimmen, 8 Mandate (früher 5), Freier Eisenbahnerverband (FEB.) 3779 Stimmen, 3 Mandate (6), GDE 424 Stimmen, 4 Mandate (2), AEB 335 Stimmen, kein Mandat (wie vorher).

Direktionsbezirk Elberfeld-Köln. FEB 3866 Stimmen, 9 Mandate (9), FEB 265 Stimmen, kein Mandat (wie vorher), GDE 3232 Stimmen, 4 Mandate (3), AEB 1417 Stimmen, 2 Mandate (3).

Kommunistischer Vormarsch bei den Eisenbahnbetriebsräteahlen

Oppeln, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) In der Eisenbahnerstätte Oppeln entfielen bei der Betriebsrätewahl auf die Listen des Deutschen Eisenbahnerverbandes 1 Sitz, des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes 2 Sitze, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (christlich) 1 Sitz, auf die Liste der Gewerkschaftseinheit 7 Sitze. Auf der Liste der Gewerkschaftseinheit stehen nur Kommunisten; dabei hat der Abbau ausschließlich kommunistische und inkompatiblere Kollegen betroffen. Die Sozialdemokraten haben von ihren zwei Sitzen des Vorjahres einen verloren.

Ueberschreitung der Friedensmiete

Die erste Ueberschreitung der Friedensmiete hat Württemberg vorgenommen. Die gesetzliche Miete für gewerbliche Räume ist dort auf 110 Prozent der Friedensmiete festgesetzt.

Antibolschemistische Verhandlungen der Diplomaten

Paris, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der bulgarische Außenminister Kallaw hat in Paris mit dem Außenminister des Reiches Briand über die kommunistische Gefahr und über die Blockade gegen die Sowjetmacht verhandelt. Unmittelbar vorher hatte der Justizminister dieselben Verhandlungen in Belgrad gepflogen. Der jugoslawische Minister Nikitsch ist sich auch in französischen Imperialistenkreisen für den weitgehenden Kollaps ein.

Bom Sowjetkongress

Moskau, 12. Mai. (Russ. Telegr. Agentur.)

Der allrussische Sowjetkongress beschäftigt sich mit dem neuen Wortlaut der Verfassung Sowjetrusslands mit den Änderungen, die aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen zu erklären sind. Er nahm das Ausscheiden der Republik der Turkmenei und Usbekens aus Sowjetrussland zur Kenntnis. Diese Republik werden auch dem übermorgen zu eröffnenden Sowjetkongress der gesamten Sowjetunion ihren Wunsch erklären, unmittelbar dem Bund der Sowjetunion beizutreten. Der Kongress wählte eine Zentralsekretariate aus 300 Mitgliedern, unter denen sich Kollinow, Kojom, Stalin, Sinowjew, Trozki und Lomski befinden. Etwa 30 Prozent der Mitglieder der Exekutive sind Bauerndelegierte.

Der russische Tschermonez als Zahlungsmittel in Deutschland

Die „Bergwerkszeitung“, das Organ der Kohlenbarone, vom 10. Mai schreibt einen längeren Artikel über den russischen Tschermonez und schildert darin die bisherigen ergebnislosen Verhandlungen, die russische Währung auch in Deutschland amtlich notieren zu lassen. Sie schreibt u. a. wörtlich:

„Es ist bezeichnend, daß man sich heute wieder an was man, nachdem vorher allerdings die Notierung in einem anderen Staat, eben Italien, durchzuführen gelungen ist. Die Russen scheinen sich auch dieses Mal nicht in Deutschland verwickeln zu lassen; denn, wie wir hören, sind Reichsbank und Auswärtiges Amt auch heute wieder grundsätzlich mit der Notierung einverstanden. Ein Standpunkt, gegen den ernsthafte Bedenken in der Tat auch nicht bestehen, da, ohne damit eine Garantie für den Tschermonez übernehmen zu wollen, dieser in seit zwei Jahren mäßig stabil ist, und zwar genau so stabil, wie das qualitative Pfund, und alle Anzeichen, die so lautstark lauten die russischen Angaben über den Status der Staatsbank und die verheerenden Auswirkungen des russischen Bolschewismus in Sowjetrussland in Berlin dafür sprechen, daß der neuen russischen Währung keine Gefahren drohen, außerdem aber die Wirtschaften beider Länder weitgehend aufeinander angewiesen sind, wie der regelmäßige Warenverkehr beweist.“

Gerade der Warenverkehr aber ist es, bei dem die Erinnerung an jene wenig freundliche Art der Kullen bei der ersten Anfrage nach einer Notierungsmöglichkeit in Berlin ein Wortchen mitzupredigen haben wird, indem sie nämlich dafür Sorge tragen muß, daß die berechtigten Wünsche der deutschen Kaufleute endlich Berücksichtigung finden, damit Verluste, wie sie jetzt immer wieder auf deutscher Seite erlitten werden, in Zukunft ausgeschlossen sind. Diese Verluste entstehen nämlich dadurch, daß sich unter Außenhandel mit Rußland bislang ausschließlich in anderen Währungen, Pfunden oder Dollars, abwickelt, nur nicht in Mark oder Tschermonez! Hat also ein deutscher Kaufmann an einen russischen Zahlungen zu leisten, so muß er erst die nötigen Devisen anschaffen, wobei er oft infolge der häufig beträchtlichen Differenzen der Geld- und Briefkurse der fremden Valuten Verluste erleidet, und zwar doppelter Art, einmal bei der Anschaffung zum Verkaufskurs, und dann bei der Abtretung der Devisen zum Geldkurs an die russische Staatsbank, um nur die wieder Tschermonezen zum Briefkurs zu erwerben. Also in der Tat eine doppelte Verletzung und ein umständlicher Vorgang schreien! Würde also der Tschermonez in Berlin amtlich, was nicht minder wichtig, die deutsche Mark in Moskau notiert, und würde dann gegenseitig in der Währung des eigenen Landes fakturiert, so wäre jeder Verlust für den deutschen Kaufmann ausgeschlossen. Hier muß demnach der deutsche Handel bei den Verhandlungen um die Notierung einleiten und der bislang einseitige Rußlands Interessen begünstigenden Finanzierung des Warenverkehrs ein Ende machen. Dringen hier die amtlichen Stellen durch, so stehen der Notierung des Tschermonez erhebliche Bedenken nicht mehr im Wege.“

Die berechtigten Wünsche der deutschen Kaufleute“ hat selbstverständlich akzeptiert, wenn sie sich lediglich auf eine Vereinfachung der beiderseitigen Zahlungsmodalitäten beschränken würden. Aber bekanntlich gehen diese „berechtigten Wünsche der deutschen Kaufleute“ noch in eine ganz andere Richtung, nämlich in die Richtung der Durchbrechung des russischen Außenhandelsmonopols. In diesem letzten Punkte werden die deutschen Kaufleute beim russischen Staat auf Granit stoßen.

Neue Verstärkungen für Marokko

(Tel.-U.) Paris, 13. Mai. Wie die Pariser Blätter melden, werden in den nächsten Tagen noch weitere acht Infanteriebataillone und Batterien nach Marokko zur Verstärkung der Truppen abgehen. Das französische Oberkommando wartet nur auf schwere Artillerie, um die Gegenoffensive fortzusetzen. Fünf neue Flugzeuggeschwader wurden eingeteilt. Die französischen Flugzeuge haben bereits mit Erfolg die feindlichen Stellungen in h a r d i e z und die Kiffobaten in ihren Loufgräben mit Maschinengewehren beschossen. Auf französischer Seite hat es schwere Verluste gegeben. In Fez, Meknes und Kebab werden Militärhospitäler eingerichtet.